

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.636.391

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3114/J-NR/2025

Wien, am 07. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Meri Disoski, Kolleginnen und Kollegen haben am 07. August 2025 unter der Nr. **3114/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Einsatz für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch auf EU-Ebene“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 11:

- 1. *Unterstützen Sie die Aufnahme des Rechts auf einen legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union?*
- 2. *Wenn nein, wieso nicht?*
- 3. *Wenn ja, gab es seitens Ihres Ressorts bereits Initiativen, Stellungnahmen oder Maßnahmen, die dieses Ziel auf EU-Ebene fördern?*
- 4. *Haben Sie sich im Rahmen von EU-Gremien (z.B. Rat der EU, informelle Minister:innentreffen, bilaterale Gespräche) bereits für dieses Anliegen eingesetzt oder planen Sie, dies zu tun?*
- 5. *Wenn nein, wieso nicht?*
- 6. *Wenn ja, inwiefern? Mit der Bitte um genaue Darstellung.*
- 7. *Wie beurteilen Sie die Rolle Österreichs im aktuellen europäischen Diskurs zu reproduktiven Rechten?*

- *8. Welche konkreten Schritte sind von Ihrem Ressort geplant, um sich aktiv für reproduktive Rechte - insbesondere für das Recht auf einen legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch - auf europäischer und nationaler Ebene einzusetzen?*
- *9. Unterstützen Sie und Ihr Ressort die Forderungen der EU-weiten Bürgerinitiative My Voice, My Choice?*
- *10. Wenn nein, wieso nicht?*
- *11. Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie und Ihr Ressort ergreifen, um diese Forderungen auf EU-Ebene umzusetzen?*

Die Fragen zielen auf die Behandlung der Thematik des Schwangerschaftsabbruchs auf Ebene der europäischen Union ab. Die (allfällige) Änderung der Europäischen Charta der Grundrechte und die damit in Zusammenhang stehenden Fragestellungen fallen nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Justiz.

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer

